



N I E D E R S C H R I F T
(öffentlicher Teil)
14. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
in der Wahlperiode 2013 - 2018
am Donnerstag, 04.06.2015

Ort: Gemeindediakonie, Sitzungssaal Erdgeschoss, Bäckerstraße 3-5,
23564 Lübeck
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:52 Uhr

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Tim Klüssendorf- SPD

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Jörn Puhle- SPD

Katja Mentz- Bü90/DIEGRÜNEN

Henning Stabe- CDU

Vertretung für Herrn Untermann

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Joachim Giesenberg- Lübecker Jugendring

Dagmar Hildebrand- CDU

Eveline Kuring-Arent- AG freier Wohlfahrtsverbände

Maria Köhler-Kleyer- Bü90/DIEGRÜNEN

Sandra Pereira da Silva David- Lübecker Jugendring

Sven Quirder- SPD

Vertretung für Herrn Candan

Burkhard Röttger- CDU

Nicole Vollert- SPD

Kathrin Ziese- Lübecker Jugendring

Thomas Grams- AG freier Wohlfahrtsverbände

Vertretung für Frau Kuzla

Pastorin Dörte Eitel-

Beratende Mitglieder

Dr. med. Martin Federsel- Die PARTEI-PIRATEN

Karl-Heinz Georg- 4.513 - Jugendarbeit/Jugendamt
Klaus-Peter Jürgensen- Fachbereichsdienste FB 4
Jan Karnatz- Jugend
Martin Kürle- DIE LINKE
Lutz Regenber- Mitglied der Fachgruppe HZE
Nicole Voß- Stadelternvertretung
Christian Weise- Kreiselternvertretung

Verwaltung

Senatorin Kathrin Weiher- FB 4 - Kultur und Bildung
Petra Albrecht- Jugendhilfeplanung
Dr. Kaschlin Butt- FB 2 - Gesundheitsamt
Renate Heidig- Jugendhilfeplanung
Angelika Kramm- FB 4 - Fachbereichscontrolling
Nicole Maas- FB 4 - Schule und Sport / Schulsozialarbeit
Eva Mesch- FB 4 - Familienhilfen / Jugendamt
Ulrike Neumann- FB 4 - städt. Kindertageseinrichtungen
Sonja Rieper- Schule und Sport
Petra Schmittner- Frauenbüro
Claudia Schwartz- FB 2 - Soziale Sicherung
Aiko Wagner- - FB 4 - Fachbereichscontrolling

Protokollführung

Sven Meinecke- FB 4 - Fachbereichsdienste

Sonstige Personen

Annette Windmüller- JobCenter

Entschuldigte Mitglieder

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Aydin Candan- SPD	Entschuldigt
Felix Untermann- CDU	Entschuldigt

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Vera-Simone Kuzla- AG freier Wohlfahrtsverbände	Entschuldigt
---	--------------

Beratende Mitglieder

Renate Junghans- 4.510 Familienhilfen / Jugendamt	Entschuldigt
Thomas Paulsen- BfL	Entschuldigt
Katrin Soomann- 2.515 BALI/JAW	Entschuldigt
Joseph Romeo Temole Kemayou- Forum für MigrantInnen	Entschuldigt

Sonstige Personen

Inge Hennig- Seniorenbeirat	Entschuldigt
-----------------------------	--------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2. Niederschrift vom 05.03.2015
3. Anliegen der Jugend
4. Anfragen / Antworten / Mitteilungen
 - 4.1. Mitteilungen der Verwaltung
 - 4.1.1. Lübeck "2030"
 - 4.1.2. Kita Arche Noah Priwall
 - 4.1.3. Landesfördermittel
 - 4.1.4. Röhre / Koki
 - 4.2. Verfügungszeiten in Kindertageseinrichtungen Anfrage des beratenden Ausschussmitglieds Christian Weise (KEV)
Vorlage: VO/2015/02765
 - 4.3. Notbetreuung während des Kitastreiks Anfrage des beratenden Ausschussmitglieds Christian Weise (KEV)
Vorlage: VO/2015/02766
5. Berichte
 - 5.1. Mdl. Bericht zum Thema Situation und Angebot für Flüchtlinge in Lübeck
 - 5.2. Umsetzung des Konzepts Ganztags an Schule
Vorlage: VO/2015/02698
 - 5.3. Jahresbericht 2014 über die Entwicklung der Leistungen auf den Produkthaushaltsseiten
Vorlage: VO/2015/02717
6. Beschlussvorlagen
 - 6.1. Zuschussverträge mit freien Trägern
Vorlage: VO/2015/02665

7. Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
- 7.1. Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft betr. Aufklärung und Prävention statt religiösem Extremismus
Vorlage: VO/2015/02393
8. Anträge von Ausschussmitgliedern
9. Verschiedenes
- 9.1. Anfrage Herr Kürle bezüglich der Vorgänge in Jugendheimen im Kreis Dithmarschen
- 9.2. Anfrage von Frau Mentz zum Ausfall der Sitzung vom 07.05.2015
- 9.3. Anfrage von Frau Mentz zu Bundeswehr an Schulen
15. Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende Herr Klüssendorf eröffnet die 14. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die anwesende Öffentlichkeit. Er bedankt sich bei Frau Pastorin Eitel für die Einladung und die Möglichkeit, die Sitzung in den Räumen der Gemeindediakonie durchführen zu dürfen.

Er führt aus, dass ihm keine Hinweise oder Änderungswünsche zur Tagesordnung schriftlich vorliegen und fragt, ob mündlich Anträge zur Tagesordnung gestellt werden.

Frau Mentz antwortet, dass sie unter TOP 9 – Verschiedenes zwei Punkte vortragen möchte. Herr Kürle möchte eine Auskunft durch die Verwaltung bekommen.

Frau Weiher erläutert, dass die Hansestadt Lübeck über den Sachstand zum Streik im Sozial- und Erziehungsdienst berichten möchte. Dies wird im Rahmen der Antworten und Erläuterungen auf die Anfragen von Herrn Weise unter TOP 4 ff. erfolgen.

Herr Klüssendorf weist darauf hin, dass zur Vorlage zur Umsetzung des Konzeptes „Ganztag an Schule“, zu den Zuschussverträgen und zum Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft betr. „Aufklärung und Prävention statt religiösem Extremismus“ Beschlussfassungen notwendig sind. Zudem erläutert er, dass in Rahmen des nicht öffentlichen Teils die Niederschrift der Sitzung vom 05.03.2015 aufgerufen wird.

Weitere Wortmeldungen oder Einwände zur Tagesordnung erfolgen nicht, die Tagesordnung ist damit festgestellt.

TOP 2 Niederschrift vom 05.03.2015

Herr Klüssendorf teilt mit, dass zur Niederschrift Nr. 13 des Jugendhilfeausschusses keine schriftlichen Einwendungen eingegangen sind. Er fragt, ob mündliche Einwendungen vorgebracht werden. Die ist nicht der Fall.

Beschluss:

Die Niederschrift des 13. Jugendhilfeausschusses ist damit festgestellt.

TOP 3 Anliegen der Jugend

Eine Vertretung von Jugendlichen aus dem Jugend- und Stadtteilzentrum Burgtor bittet den Ausschuss, ihr Anliegen vortragen zu dürfen. Der Bitte wird einstimmig entsprochen.

Ein Sprecher der Jugendlichen schildert den Sachstand zur hinteren Stütz- und Begrenzungsmauer des Geländes vom Jugendzentrum Burgtor zum Hansemuseum hin und bittet um Auskunft, wann mit der Behebung der bekannten baulichen Mängel gerechnet werden kann. Die Mauer ist einsturzgefährdet. Der zur Absperrung errichtete Bauzaun schränkt die Aktivitäten des Jugendzentrums ein. Dazu werden dem Ausschuss Fotos vorgelegt, die den aktuellen Zustand veranschaulichen.

Dazu führt Herr Georg aus, dass sich die Leitung des Hansemuseums, das GMHL und der Bereich Jugendarbeit grundsätzlich einig sind, dass die notwendigen Arbeiten durchgeführt werden müssen. Die Finanzierung wird zurzeit zwischen dem Hansemuseum und der Hansestadt Lübeck abgestimmt. Die inhaltlichen Abstimmungen zu den Baumaßnahmen wurden zwischenzeitlich einvernehmlich abgeschlossen. Es liegen daraus alle notwendigen Informationen vor, um zeitnah die notwendigen Aufträge zu erteilen. Die Abwicklung erfolgt

dann durch das GMHL. Der Fachbereich 4 kann auf den Ablauf des zugehörigen Verwaltungsverfahrens leider keinen Einfluss nehmen. Herr Georg kann beim GMHL lediglich Nachfragen stellen und um zügige Erledigung bitten. Dies wird auch weiterhin erfolgen.

Herr Klüssendorf bittet Herrn Georg, im Interesse der Jugendlichen weiter engagiert am „Ball“ zu bleiben.

TOP 4 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

TOP 4.1 Mitteilungen der Verwaltung

TOP 4.1.1 Lübeck "2030"

Frau Kramm berichtet zu „Lübeck 2030“, dass der Sachverhalt zwischenzeitlich von der Bürgerschaft behandelt wurde und dass sich der TOP erledigt hat.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.1.2 Kita Arche Noah Priwall

Frau Heidig berichtet, dass für das Angebot der Kita Arche Noah auf dem Priwall aktuell kaum noch Nachfrage besteht. Daher wurde mit dem Träger abgestimmt, das Angebot einzustellen. Die dort zurzeit betreuten Kinder werden in Abstimmung mit den Eltern zukünftig in anderen Kitas in Travemünde betreut.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.1.3 Landesfördermittel

Herr Jürgensen berichtet, dass das Land Schleswig-Holstein ein neues Investitionsförderprogramm für Kitas aufgelegt hat. Daraus sollen neue U3- und Ü3-Plätze oder auch qualitätsverbessernde Maßnahmen gefördert werden. Die Hansestadt Lübeck wird daraus Fördermittel i.H.v. ca. 1 Mio. Euro erhalten können.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.1.4 Röhre / Koki

Herr Georg berichtet über den aktuellen Sachstand Röhre / Koki sowie darüber, dass zwischenzeitlich Gespräche mit allen Beteiligten stattgefunden haben. Er verweist dazu auf ein mögliches Raumkonzept, nach dem die Röhre sich ggfs. räumlich reduzieren könnte. Dann könnte die Jugendherberge sich wie gewünscht erweitern, wenn zugleich für das Koki andere geeignete Räume gefunden würden. Er führt aus, dass alle Beteiligten ausdrücklich einvernehmlich zusammenarbeiten und eine gemeinsame Lösung suchen, die von allen getragen wird. Daher wurde mit der GG Trave abgestimmt, die vertragliche Verlängerungsoption zu nutzen. Daraus wird der Mietvertrag um ein Jahr verlängert, wenn nicht bis zum 30.06. des laufenden Jahres gekündigt wird. Die gewonnene Zeit soll genutzt werden, um die laufenden Überlegungen zum Abschluss zu bringen.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**TOP 4.2 Verfügungszeiten in Kindertageseinrichtungen Anfrage des beratenden Ausschussmitglieds Christian Weise (KEV)
Vorlage: VO/2015/02765**

Frau Neumann beantwortet die Anfrage mündlich, die schriftliche Antwort wird dem Protokoll angefügt. Grundsätzlich liegen danach die Ausfallzeiten bei 19,34 % ohne Kompensation; mit Kompensation reduziert sich der Anteil auf 16,45 %. Daher reichen die in Rede stehenden Zeitansätze aus.

Herr Wiese entgegnet, dass eine Betrachtung im Jahresdurchschnitt nicht hilfreich ist, wenn es um situative Überlastungen / Ausfallzeiten geht. Er bittet Frau Neumann darum, dass der Bereich die Zahlen für alle Kitas einzeln ermitteln und dem Ausschuss in einer Übersicht darstellen möge. Er sieht die Beschäftigung von nur 4 Springkräften für 28 städtische Kitas als nicht ausreichend an.

Herr Klüssendorf fragt, wie solche Ausfallzeiten aufgefangen werden können. Frau Neumann verweist auf den Einsatz von Springkräften und auf die Deckung durch Mehrstunden der KollegInnen.

Frau Mentz schließt sich der Bitte um Erstellung einer Gesamtstatistik an. Sie fragt zudem, wie man den Problemen in den bekannten ausfallträchtigen Wintermonaten begegnen könnte. Sie regt an, über die Beschäftigung von ein oder zwei zusätzlichen Springkräften nachzudenken.

Herr Stabe fragt, wie der Stundenausgleich durch Mehrstunden vormittags erfolgen kann, da die KollegInnen doch bereits im Dienst sind. Frau Neumann verweist darauf, dass es auch Teilzeitkräfte für den Nachmittagszeitraum gibt, die ihre Stunden dann in den Vormittag hinein mit Mehrstunden ausweiten.

Frau Weiher weist darauf hin, dass sich das Berufsbild einer Erzieherin in den letzten Jahren dramatisch gewandelt hat. Handelte es sich früher um eine familienergänzende Maßnahme, sind Kitas heute Bildungseinrichtungen. Die damit einhergehenden Veränderungen und Belastungen zehren besonders auch an den älteren Mitarbeiterinnen, die in Ihrer Ausbildung z.T. anders geschult wurden. Verstärkt wird dies zudem durch z.B. die in den letzten Jahren neu hinzugekommenen hohen Anforderungen durch Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und Sprachförderbedarf.

Das alles hat auch in Verbindung mit der Bezahlung einen negativen Einfluss auf die Ausbildungszahlen, sodass hier ein Fachkräftemangel entstanden ist, der u.a. auch die kurzfristige Stellenbesetzung deutlich erschwert.

Frau Weiher sieht die Beschäftigung zusätzlicher MitarbeiterInnen kritisch. Für die Kindertagesbetreuung fallen derzeit Kosten in Höhe von mehr als 50 Mio. Euro jährlich an, dabei sind die Erstattungen für Elternbeiträge noch nicht mit eingerechnet. Wenn der angestrebte Tarifabschluss zu Stande kommt, wird die Kommune noch einmal erheblich belastet. Zudem sollen im nächsten Jahr weitere 1,7 Mio. Euro im Fachbereich eingespart werden. Die Kommune ist daher bei ihrer finanziellen Ausstattung kaum in der Lage, weitere Kräfte vorzuhalten. Im Regelfall reicht das beschäftigte Personal aus. Es kann jedoch einrichtungsbezogen immer wieder einmal vorkommen, dass Ausfallzeiten entstehen, die nicht kompensierbar sind. Trotzdem haben die MitarbeiterInnen gerade in den letzten Streikwochen Erhebliches geleistet, um die Folgen für die Kinder und die betroffenen Eltern abzumildern.

Herr Klüssendorf schlägt vor, die Diskussion fortzusetzen, wenn die erbetene neue Statistik vorliegt.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**TOP 4.3 Notbetreuung während des Kitastreiks Anfrage des beratenden Ausschussmitglieds Christian Weise (KEV)
Vorlage: VO/2015/02766**

Frau Neumann beantwortet die Anfrage mündlich, die schriftliche Antwort wird dem Protokoll angefügt.

Sie erläutert auf Nachfrage, welche Kitas vom Streik betroffen waren und wie darauf reagiert wurde.

Herr Weise fragt, ob die Eltern die durch den Streik ausgelösten Folgekosten gegenüber der Stadt geltend machen können. Frau Neumann verweist darauf, dass diese Möglichkeit nicht besteht. Dies ist durch den Bereich Recht geprüft und bestätigt worden.

Herr Weise fragt, warum in einigen Kitas keine Notdienstvereinbarung zu Stande gekommen ist, obwohl hier auch von Ver.di Bereitschaft gezeigt wurde, an dem Aufbau einer solchen Regelung mitzuwirken. Frau Weiher und Frau Neumann sind solche Fälle nicht bekannt.

Es sprechen dazu weiterhin Herr Kürle, Frau Mentz und Herr Weise, Frau Weiher und Frau Neumann nehmen dazu Stellung.

Frau Weiher weist abschließend darauf hin, dass der Streik ab Montag, den 08.06.2014 beendet sein wird. Die Eltern, denen von der Stadt keine Betreuung angeboten werden konnte, werden das Betreuungsgeld zurück erhalten. Frau Neumann ergänzt, dass diese Rückzahlungen vermutlich ab Juli erfolgen können, da die Leitungen die dafür benötigten Informationen erst nach Streikende aufgeben können.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

TOP 5 Berichte**TOP 5.1 Mdl. Bericht zum Thema Situation und Angebot für Flüchtlinge in Lübeck**

Frau Kramm führt in das Thema ein und stellt die vorgesehenen Berichtsthemen sowie die Berichtenden vor.

Frau Schwartz beginnt mit der Vorstellung des Bereiches 2.500 – Soziale Sicherung und den Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen nach Verlassen der Zentralen Aufnahmestelle anhand einer Präsentation. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt. Sie bestätigt die in diesem Jahr stark angestiegenen Flüchtlingszahlen für Lübeck und weist auf die fehlenden Unterbringungsmöglichkeiten hin. Problematisch dazu ist auch, dass nur kurzfristig bekannt ist, wann die Hansestadt Lübeck Flüchtlinge zugewiesen bekommt und um wie viele es sich dann jeweils handelt. Dies macht ein vorausschauend planerisches Handeln nahezu unmöglich, hier kann immer nur kurzfristig reagiert werden.

Frau Heidig berichtet im Anschluss über die Betreuung der jüngsten Flüchtlinge. Bei diesen erfolgt möglichst eine Aufnahme in Kita oder Tagespflege erst, wenn eine dauerhafte Unterbringung erfolgt ist, damit die Kinder möglichst nicht noch mit einem häufigen Wechsel ihrer Bezugspersonen belastet werden. Die Unterbringung erfolgt individuell nach der familiären Situation in enger Zusammenarbeit mit der Gemeindediakonie. Dies gelingt zurzeit sehr gut. Die zukünftige Entwicklung ist aber von den Flüchtlingszahlen abhängig und daher zurzeit schwer einschätzbar.

Frau Eitel ergänzt, dass Stand Juni 30 Kinder durch die Gemeindediakonie betreut würden.

Sie berichtet über ein neues Projekt FLOW seit 01.03.2015 für ältere Jugendliche und junge Erwachsene von 16 – 25 Jahren. Dazu werden noch Mentorinnen für die Flüchtlinge gesucht. Ein Netzwerk für Traumatisierte befindet sich im Aufbau. Auch die Eltern / Erwachsenen müssen einbezogen werden. Sie benötigen Informationen über das Schulsystem für ihre Kinder. Daneben sollen Fachtagungen erfolgen. Unterstützt wird das Projekt durch die Fachbereiche 2 und 4 sowie durch die Possehl-Stiftung. Das Projekt läuft über zwei Jahre.

Frau Maas berichtet über die schulische Versorgung der schulpflichtigen Kinder und über das Projekt Deutsch als Zweitsprache (DaZ). Frau Maas verweist auf einen entsprechenden Link auf den Internet-Seiten der Hansestadt Lübeck <http://www.bildung.luebeck.de/jung-und-alt/fluechtlinge.html> . Die zuständige Kreisfachbeauftragte Frau Draber führt Einzelgespräche um eine möglichst passende schulische Betreuung gewährleisten zu können.

In Lübeck wurde die Zahl der DaZ-Zentren von 4 auf 7 erhöht. Zurzeit gibt es 40 Lehrerplanstellen für DaZ. Leider ist auch hier der Fachkräftemangel vorhanden. Es gibt auch entsprechende Angebote an den Berufsschulen. Frau Maas verteilt dazu ein Infoblatt an die Ausschussmitglieder, dieses wird der Niederschrift beigelegt.

Hr. Kürle weist dazu auf die oftmals nicht bekannte Berufsschulpflicht hin. Hier wird wenn nötig auch Unterrichtsbegleitung angeboten. Er führt aus, dass etwa 80 % der SchülerInnen in den DaZ-Klassen der Berufsschulen Flüchtlinge sind. Es handelt sich hierbei um Minderjährige wie auch um Erwachsene bis 25 Jahre. Die Bildungsvoraussetzungen unterscheiden sich zum Teil erheblich. Die Schüler sind in der Regel gut motiviert. Frau Kramm gibt ergänzende Hinweise auf das Angebot der VHS Lübeck.

Herr Regenberg berichtet über die Arbeit mit minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen anhand einer Präsentation. Diese wird der Niederschrift beigelegt. Die Vorwerker Diakonie führt die Betreuung dieser Flüchtlinge durch.

Er weist darauf hin, dass es sich dabei ausschließlich um männliche Personen handelt. Der Großteil davon ist etwa 16 Jahre alt, die Flucht selbst dauert dabei zum Teil mehrere Jahre. Herr Georg berichtet über die Betreuung von jugendlichen Flüchtlingen im Rahmen der Jugendarbeit im Jugendtreff in der Dornestraße. Dieser verfügt neben einem auf die Belange von Jugendlichen abgestimmten Angebot auch über ein WLAN, das eine Kommunikation über das Internet auch mit den jeweiligen Heimatländern ermöglicht. Daher ist das Gelände des Jugendzentrums auch von Erwachsenen stark frequentiert. Um hier zu einer Entlastung zu kommen, soll in Kooperation mit der Gemeindediakonie ein Flüchtlingscafé im Hansering entstehen, das ebenfalls über ein WLAN verfügen soll.

Frau Kümmeke berichtet aus ihrer Arbeit aus dem Jugend und Stadtteilzentrum Burgtor. Dort werden ca. 30 Jugendliche, hauptsächlich aus Afghanistan und Eritrea betreut. Sie gibt zur Veranschaulichung Fotos aus der Arbeit mit den Jugendlichen in Umlauf.

Frau Dr. Butt berichtet aus der Arbeit des Gesundheitsamtes. Es ist u.a. zuständig für akute medizinische Behandlungs- und Kostenübernahme bei Flüchtlingen, Schulärztliche Untersuchungen von Flüchtlingskindern sowie für die Begutachtungen auf Reisefähigkeit von Flüchtlingen.

Herr Federsel fragt zum Stand der Masernimpfungen bei den Lübeck zugewiesenen Flüchtlingen. Frau Dr. Butt berichtet dazu, dass der Impfstatus im Regelfall in der Erstaufnahmeeinrichtung festgestellt wird. Eine Ergänzung des Impfschutzes erfolgt dann über die dort ansässigen Hausärzte.

Frau Mentz fragt zum Thema Traumatisierung von Flüchtlingen und zum Ausbildungsstand der städtischen MitarbeiterInnen in diesem Thema. Frau Neumann und Frau Maas antworten, dass bereits entsprechende Fortbildungen durchgeführt wurden. Diese werden auch weiterhin angeboten. Herr Georg verweist darauf, dass dies nicht Schwerpunkt der Aufgaben in der Jugendarbeit ist, die MitarbeiterInnen sind aber aufgrund ihrer Ausbildung und der gesammelten Erfahrungen hinreichend sensibilisiert, um mit solchen Jugendlichen angemessen umgehen zu können.

Im Anschluss an die Berichte diskutieren Frau Mentz, Herr Regenber, Frau Mesch, Frau Schwartz und Frau Butt zur Versorgung von Flüchtlingen mit Hilfsmitteln, die im Einzelfall über die medizinische Grundversorgung hinaus notwendig sind.

Weiterhin sprechen Frau Kuring-Arent, Herr Georg, Frau Kümmeke und Frau Mesch zur offenen Jugendarbeit und zur zukünftigen Verteilung unbegleiteter Flüchtlinge in Schleswig-Holstein.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die vorgetragenen Berichte zur Kenntnis.

**TOP 5.2 Umsetzung des Konzepts Ganztage an Schule
Vorlage: VO/2015/02698**

Frau Rieper führt in das Thema ein und stellt die Vorlage vor. Nachfragen zur Vorlage von Frau Hildebrand und Herrn Stabe werden von Frau Rieper beantwortet.

Herr Stabe fragt weiterhin, warum neue Räume finanziert werden müssen, wo doch an den Nachmittagen die leer stehenden Unterrichtsräume der Grundschulen genutzt werden könnten. Frau Rieper erläutert, dass auf ungenutzte Räume der Schulen zurückgegriffen wird, wo dies möglich und von den Aktivitäten her sinnvoll ist.

Frau Hildebrand erfragt die Höhe der Elternbeiträge und ob eine Ermäßigung für Familien mit niedrigem Einkommen vorgesehen ist. Frau Rieper teilt mit, dass die Elternbeiträge im Probezeitraum für eine Betreuung von 12:00 Uhr bis 16:00 Uhr und fünf Betreuungstagen in der Woche 120,- Euro betragen. Bei drei Betreuungstagen beträgt der Elternbeitrag 70,- Euro. Es gibt eine Ermäßigungsstaffel. Die Höhe der Elternbeiträge wird unter Berücksichtigung der jeweiligen Einkommen prozentual festgelegt, zudem gibt es eine Geschwisterermäßigung. Der Mindestbeitrag beträgt 12,- Euro bei fünf Betreuungstagen.

Weiterhin sprechen Herr Puhle, Frau Kramm und Frau Hildebrand sowie Herr Klüssendorf zur Notwendigkeit und zur Finanzierung. Abschließend weist Herr Klüssendorf darauf hin, dass die grundsätzlichen Diskussionen zur Umsetzung und Finanzierung von „Ganztage an Schule“ bereits geführt wurden. In der behandelten Vorlage gehe es um die Erprobung im Rahmen einer Modellphase an zwei Schulen. Danach ruft Herr Klüssendorf zur Abstimmung über die Vorlage auf.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig, der Bürgerschaft wie folgt zu empfehlen:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, auf der Grundlage des Berichts Förderung der Lübecker Schulkinderbetreuung – Ganztage an Schule (VO/2014/01997) das Konzept an der Schule Falkenfeld und der Bugenhagen-Schule zu erproben.
2. Die Auswertung der Erprobung wird bis Ende Mai 2016 der Bürgerschaft vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 3

**TOP 5.3 Jahresbericht 2014 über die Entwicklung der Leistungen auf den
Produkthaushaltsseiten
Vorlage: VO/2015/02717**

Herr Klüssendorf ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Jahresbericht 2014 über die Entwicklung von Zielvereinbarungen, Kennzahlen und Strukturdaten auf den Produkthaushaltsseiten zur Kenntnis.

TOP 6 Beschlussvorlagen

**TOP 6.1 Zuschussverträge mit freien Trägern
Vorlage: VO/2015/02665**

Herr Jürgensen stellt die Vorlage vor und berichtet aus den Gesprächen der Hansestadt Lübeck mit den Trägern zur gemeinsamen Formulierung des abgestimmten Mustervertrags. Er gibt bekannt, dass der Sozialausschuss der Vorlage zugestimmt hat.

Es sprechen Herr Stabe, Herr Klüssendorf, Herr Jürgensen und Herr Kürle zum Inhalt des Mustervertrages und zur Kostenentwicklung, der finanziellen Situation der Hansestadt Lübeck sowie zur Notwendigkeit der kostendeckenden Finanzierung der Leistungen. Weiterhin sprechen dazu Frau Weiher, Frau Kuring-Arent und Frau Eitel.

Frau Mentz fragt, ab wann die neuen Verträge angewendet werden sollen. Frau Weiher und Herr Jürgensen antworten, dass die Verträge für Kitas ab 01.08.2015 angewendet werden sollen, für alle anderen Leistungen ab 01.01.2016.

Frau Weiher weist ergänzend noch einmal auf die erhebliche Belastung des Fachbereichshaushaltes durch die engen Vertragsvorgaben aus dem Bürgerschaftsbeschluss hin, zumal sie für 2016 eine weitere Einsparvorgabe von 1,7 Mio. Euro erfüllen soll. Da zudem die Forderung der Vergütungsanpassungen für die Sozial- und Erziehungsdienste im Raume steht, macht sie sich Sorgen über die zukünftige Finanzierung der Aufgaben, auch unter Berücksichtigung des erforderlichen hohen Investitionsbedarfs zur Sanierung der Schulen aufgrund der bekannten baulichen Probleme von Schulen und anderen Einrichtungen des Fachbereiches.

Herr Jürgensen ergänzt, dass das Land die finanziellen Belastungen den Kommunen aufbürdet, während es seinen eigenen Anteil gedeckelt hat und sich somit an den steigenden Kosten nicht beteiligt. Er appelliert an die Anwesenden, das Land auf politischem Wege wie auch über die Interessenvertretungen zu einer angemessenen Beteiligung an den Kosten aufzufordern. Herr Weise berichtet dazu über die laufenden Gespräche mit dem Land.

Abschließend ruft Herr Klüssendorf zur Abstimmung über die Vorlage auf.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig, der Bürgerschaft wie folgt zu empfehlen:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, für alle in 2015 auslaufenden Verträge mit den freien Trägern Zuschussverträge anhand des als Anlage 1 beigefügten Mustervertrages abzuschließen.
2. Soweit umsatzsteuerrechtlich möglich, werden zu den Zuschussverträgen konkretisierende Zielvereinbarungen abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 3

TOP 7 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**TOP 7.1 Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft betr. Aufklärung und Prävention statt religiösem Extremismus
Vorlage: VO/2015/02393**Beschlussvorschlag:

“Der Bürgermeister wird gebeten, in Abstimmung mit der Landesregierung den Aufbau lokaler Strukturen zur Prävention von Radikalisierung und religiös motiviertem Extremismus zu initiieren und zu fördern. Im Rahmen derartiger Modellprojekte soll insbesondere der Dialog und die Kooperation mit den muslimischen Vereinen und Verbänden gepflegt werden, die den Salafismus ablehnen.

Zudem sollen durch Angebote pädagogischer Arbeit und politische Bildung in Schulen und Jugendeinrichtungen, Kinder und Jugendliche im Bezug auf religiösen Extremismus sensibilisiert und über die damit einhergehenden Gefahren aufgeklärt werden. Darüber hinaus sollen Lehrkräfte sowie pädagogische Fachkräfte durch entsprechende Fortbildungsangebote dazu befähigt werden, auf religiös motivierte Verhaltensweise angemessen zu reagieren. Der Kriminalpräventive Rat der Hansestadt Lübeck ist einzubinden.“

Herr Georg führt kurz in das Thema ein. Er berichtet, dass die beiden vorberatenden Ausschüsse Sozialausschuss sowie der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung einstimmig bzw. einstimmig bei zwei Enthaltungen empfohlen haben, wie vorgeschlagen zu verfahren. Inhaltlich wird das Thema durch den Kriminalpräventiven Rat betreut. Daraus berichtet Frau Reichel, dass dort das Thema bereits in der zweiten Jahreshälfte 2014 aufgegriffen wurde. Sie skizziert das Vorgehen und die Abstimmungsvorgänge, die notwendig sind, um sich ein Lagebild über das Thema zu verschaffen. Nach anfänglich starkem Medieninteresse ist das Thema dort inzwischen deutlich in den Hintergrund getreten. Sie berichtet, dass noch vor der Sommerpause ein Vortrag zu radikalisierten Jugendlichen von Herrn Kurt Edler angeboten wird. Der Vortrag umfasst auch andere Formen der Radikalisierung, nicht ausschließlich religiös motivierte. Er soll für ein Fachpublikum aus den Ausschüssen für Jugendhilfe sowie für Schule und Sport, für die Schulsozialarbeit, für die Jugendarbeit und möglicherweise auch für Lehrerinnen und Lehrer angeboten werden. Es ist vorgesehen, in der zweiten Jahreshälfte noch einen Workshop zum gleichen Thema anzubieten. Dazu wird gerade ein Flyer erstellt.

Frau Weiher berichtet von einer aktuellen Untersuchung zum Salafismus und zu den Anfälligkeiten hauptsächlich von Jugendlichen mit Flüchtlingshintergrund. Sie weist darauf hin, dass die Hansestadt Lübeck auch in diesem Jahr eine Vielzahl von Aktivitäten zur Integration von Migrantinnen und Flüchtlingen anbietet. Hierzu weist sie u.a. auf den Interkulturellen Sommer hin.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen. Herr Klüssendorf bittet den Ausschuss um Abstimmung zum Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft.

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt einstimmig, der Bürgerschaft zu empfehlen, gemäß Beschlussvorschlag zu verfahren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

TOP 8 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

TOP 9 Verschiedenes**TOP 9.1 Anfrage Herr Kürle bezüglich der Vorgänge in Jugendheimen im Kreis Dithmarschen**

Herr Kürle beantragt Auskunft, ob in der Jugendhilfeeinrichtung Friesenhof in Dithmarschen auch Mädchen aus Lübeck untergebracht sind.

Frau Albrecht antwortet, dass nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen keine Schützlinge aus Lübeck in der fraglichen Einrichtung untergebracht sind.

Sie wird dies aber noch einmal recherchieren und die Antwort zu Protokoll geben.

Ergebnis:

Aus Lübeck wurden keine Jugendlichen in den in Rede stehenden Einrichtungen untergebracht.

TOP 9.2 Anfrage von Frau Mentz zum Ausfall der Sitzung vom 07.05.2015

Frau Mentz fragt, ob es möglich wäre, weitere stellvertretende Ausschussvorsitzende zu wählen, damit zukünftig keine weiteren Sitzungen ausfallen, zumal in die Vorbereitung der Sitzungen von allen Beteiligten viel Zeit investiert wird.

Frau Kramm sagt dem Ausschuss zu, die Frage zu klären und im Rahmen der nächsten Sitzung zu berichten.

Sie weist aber darauf hin, dass der Ausschuss bei fehlerhaftem Vorgehen nicht beschlussfähig ist, gefasste Beschlüsse ungültig sind und dass zudem kein Sitzungsgeld gezahlt werden kann.

TOP 9.3 Anfrage von Frau Mentz zu Bundeswehr an Schulen

Frau Mentz fragt, ob es Besuche der Bundeswehr an den Schulen der Hansestadt Lübeck gegeben hat.

Herr Karnatz gibt Auskunft, dass es Besuche von Offizieren der Bundeswehr zu Bildungstagen sowie zu bestimmten Themen im Rahmen von Politik- oder Sozialkundeunterricht gegeben hat.

Frau Weiher ergänzt, dass Besuche zu solchen Fragenstellungen, die das Aufgabenfeld der Bundeswehr betreffen, normal und üblich sind und dass solche Einladungen auf Wunsch der Schule ausgesprochen werden dürfen. Es ist der Bundeswehr jedoch im Rahmen solcher Besuche nicht gestattet, Werbung für den Soldatenberuf zu betreiben. Soweit ihr bekannt ist, hat sich die Bundeswehr bisher auch an diese Vorgabe gehalten.

Es ist der Bundeswehr aber - wie jedem anderen Arbeitgeber auch - durchaus erlaubt, z.B. im Rahmen von öffentlichen Jobmessen ihre Berufsbilder vorzustellen und sich als potenzieller Arbeitgeber zu präsentieren.

Der Vorsitzende bittet die Öffentlichkeit und die Personen, die zur Teilnahme am nicht öffentlichen Teil nicht berechtigt sind, den Saal zu verlassen.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 18:48 Uhr

Die Öffentlichkeit und die Personen, die zur Teilnahme am nicht öffentlichen Teil nicht berechtigt sind, verlassen den Saal.

Beginn des nicht öffentlichen Teils der Sitzung : 18:49 Uhr

Ende des nicht öffentlichen Teils der Sitzung: 18:50 Uhr

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her.

TOP 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 05.03.2015 festgestellt wurde.

Ende der Sitzung: 18:52 Uhr

Lübeck, den 17. Juni 2015

Tim Klüssendorf
Vorsitz

Sven Meinecke
FB 4 - Fachbereichsdienst
Protokollführung